

«Die Kunst befindet sich in einem rechtsfreien Raum»

Im Notfall poetisch: Urs Frauchiger sprach in der Universität über das Dreiecksverhältnis von Staat, Recht und Kultur.

Er braucht nicht zu brüllen, seine Rede erreicht auch im gedämpften Mezzoforte die Eindringlichkeit einer Jesuitenpredigt: Wenn Urs Frauchiger, ehemaliger Konservatoriumsleiter und Pro-Helvetia-Chef und einer der wenigen wahrhaften Intellektuellen dieses Landes, das Wort ergreift, bilden ruhig reflektierende Passagen und sentenzenhafte Höhepunkte ein abwechslungsreiches Panorama.

Über «Staat, Recht, Kultur» wollte er, charmant eingeführt von Denise Buser von der Forschungsgemeinschaft «Mensch im Recht», sprechen; er sprach letztlich über die Gesellschaft, ihre kulturellen Ansprüche und sozialen Verpflichtungen. Unsere politischen Probleme, so die Quintessenz des gedankenreichen Referats, sind näher besehen in aller Regel kulturelle Probleme, sei es die Integration von Menschen aus fremden Kulturkreisen, das Geschlechterverhältnis, der Umweltschutz («Da geht es auch um Ästhetik») oder das Verkehrsproblem.

Kein Einverständnis

Frauchiger wäre nicht Frauchiger, wenn er nicht immer wieder das glatte Einverständnis - mit der Politik, mit Kulturschaffenden, mit dem «Volk» - in Frage stellte. Den Staat weist er in die Schranken: Kultur im engeren Sinn hat mit Recht und Gerechtigkeit nichts zu tun, ist subjektiv, amoralisch, privat. Den Fachleuten der Kultur wirft er vor, sich zunehmend dem Gespräch der Laien darüber, was Kunst sei, zu entheben und sich ihrer Verantwortung zu entziehen (Beispiel: Christo-Bäume). Den um Staatsgelder bettelnden Künstlern hält er das Schreckbild einer sozialistisch gelenkten Staatskunst vor Augen.

Soll der Staat nun, oder soll er nicht? Für Frauchiger ist klar, dass der Rechtsstaat einem weiten Kulturbegriff verpflichtet ist, dass er das Grundbedürfnis des Menschen nach Kultur zu befriedigen hat. Was die Ermöglichung von Kunst betrifft, da reduziert Frauchiger nach etlichen Jahren als Obergärtner an der Subventions-Giesskanne der Pro Helvetia die Rolle des Staates darauf, Kunstfreiheit zu garantieren, will aber auch das private Engagement von Menschen zugunsten der Kultur nicht unterschätzen. Er meint, dass sich der Staat öfter als Mäzen im alten Stil verhalten soll, also etwa eine Plastik im öffentlichen Raum oder ein Theaterstück in Auftrag geben und «fürstlich bezahlen» soll, anstatt flächendeckend Kleinkariertes zu finanzieren. Vor allem aber haben sich staatliche Gremien vom Korsett des föderalistischen Proporz («das nächste Mal ist einer aus Appenzell Ausserrhoden dran») zu befreien. «Die ärgsten Feinde des Föderalismus sind die Föderalisten», sagte Frauchiger, «weil sie den Föderalismus lächerlich machen.»

Keine Harmonisierung

Den Widerstreit zwischen Kunst und Kultur vermochte der Referent letzten Endes auch nicht aufzulösen. Er sprang wie ein Pingpongspieler mit überlangen Armen in der Geistesarena herum, gleichzeitig auf beiden Hälften der Tischplatte spielend - mal den modernen Kulturbegriff gegen die elitäre Kunst preisend, mal vor der Ausweitung des Kulturbegriffs zum Sammelbecken für alles nicht Einzuordnende warnend: «Was soll Kulturpflege», so könnten sich sparwütige Politiker fragen, «wo doch alles Kultur ist?» Wenn aber Gegensätze unvereinbar scheinen, hilft oft nur noch Poesie. Frauchiger über den Kulturbegriff: «Kultur hat wie der Mond einen Hof, der ihn zwar trübt, aber auch verzaubert.»

Von Sigfried Schibli